



Abg. Jubel - Charlottenburg:

Ohne viel Wert auf den Prozentfuß zu legen, begrüßen wir es mit Freuden, daß das Prinzip festgelegt worden ist, daß alle Wahlvereine einen bestimmten Teil ihrer Einnahme an die Zentralkasse abführen müssen.

Franz Schmitt - München:

Wir haben das Organisationsstatut nur daraufhin geprüft, ob es geeignet ist, die Ideen der Partei in immer weitere Kreise zu tragen. Darum wünschen wir nicht, daß 25 Proz. an die Zentralkasse abgeführt werden müssen, weil das den kleineren Kreisen die Handlungsfähigkeit entzieht.

Wels - Berlin:

empfehlte den Antrag der Berliner Genossen, den „Vorwärts“ des Charakters als Zentralorgan zu entkleiden. Sollmar hat sich darüber gewundert, daß dieser Gedanke nicht von dem Berliner Vertreter in der Kommission ausgesprochen worden sei.

Schulz - Bremen:

Sollmar meinte, heute müßte er so ausführlich reden, um die Verhältnisse, die anzustreben seien, bzw. vorübergehend zu beilegen. Besser wäre es gewesen, die Kommission hätte schon früher einen Bericht über ihre Beratungen erlassen lassen oder eine Begründung ihrer Ablehnungsentwürfe veröffentlicht.

Wels - Berlin:

Das Organisationsstatut hat die Aufgabe, eine Richtschnur zu sein. Im Gegensatz zu Genossen Ulrich glaube ich, daß eine solche nur durch die Zentralkasse bewirkt werden kann. Die Zeit der Generalisation, die meines Erachtens noch lange nicht vorüber ist, ist im Moment durch die Schließung und gewaltsamen Auflösung von Vereinen bedingt.

Wels - Berlin:

Das Organisationsstatut hat die Aufgabe, eine Richtschnur zu sein. Im Gegensatz zu Genossen Ulrich glaube ich, daß eine solche nur durch die Zentralkasse bewirkt werden kann. Die Zeit der Generalisation, die meines Erachtens noch lange nicht vorüber ist, ist im Moment durch die Schließung und gewaltsamen Auflösung von Vereinen bedingt.

Wels - Berlin:

Das Organisationsstatut hat die Aufgabe, eine Richtschnur zu sein. Im Gegensatz zu Genossen Ulrich glaube ich, daß eine solche nur durch die Zentralkasse bewirkt werden kann. Die Zeit der Generalisation, die meines Erachtens noch lange nicht vorüber ist, ist im Moment durch die Schließung und gewaltsamen Auflösung von Vereinen bedingt.

Wels - Berlin:

Das Organisationsstatut hat die Aufgabe, eine Richtschnur zu sein. Im Gegensatz zu Genossen Ulrich glaube ich, daß eine solche nur durch die Zentralkasse bewirkt werden kann.

Wadens, Sachsens und Hamburgs, dem Sie um so eher nachkommen können, als dieser Paragraph nur Befestigung bekräftigt. Schon der Gothaer Parteitag hat zur Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen aufgefordert. Alle unsere Erfolge sind darauf zurückzuführen.

Sippold - Eisenach:

Das neue Organisationsstatut scheint mir durchweg das Richtige zu treffen. Das Proportionalwahlrecht würde die kleinen Kreise völlig rechtlos machen. Schaffen wir in diesem Jahre den „Vorwärts“ als Zentralorgan ab, so haben wir nächstes Jahr wieder die Anträge auf Schaffung eines neuen Zentralorgans.

Zeusch - Berlin 4

begründet die von seinem Kreis gestellten Anträge. Zunächst beansprucht er für die starken Kreise benachbarten schwachen Kreise, daß Genossen aus den einen, sich in den andern organisieren dürfen — Berlin 1 und 3 bezogen, z. B. einen großen Teil ihrer tätigen Genossen aus Berlin 4 und 6.

Mischel - Marburg:

Was bisher über die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag gesagt worden ist, scheint mir nicht geeignet, die Frage brauchbar zu lösen. Wir sollten die Reichstagsabgeordneten als solche überhaupt nicht zum Parteitag zulassen. Einer irrt im jüngsten Streite mit Wehring und Kautsk, wenn er meint, wir könnten keinen „Parlamentarismus“ haben, weil wir kein „Parlament“ hätten.

Silberichmidt - Berlin:

Wir halten die Organisationsfrage nicht für eine Formfrage. Wir glauben, es sind mit ihrer Lösung Fragen über die Parteientwicklung und den Charakter der Partei zu erledigen. Die Verbindung des Vorstandes mit den einzelnen Wahlkreisen ist heute ungenügend und muß verbessert werden.

Webel:

Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben einstimmig den Beschluß gefaßt, Sie zu bitten, den Antrag der Berliner Genossen, dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan zu nehmen, abzulehnen. Von den acht Berliner Kreisen haben Teichow-Dresdow und Berlin IV mit 31000 gleich 1/3 der „Vorwärts“-Abonnenten gegen diesen Antrag gestimmt.

Webel:

Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben einstimmig den Beschluß gefaßt, Sie zu bitten, den Antrag der Berliner Genossen, dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan zu nehmen, abzulehnen. Von den acht Berliner Kreisen haben Teichow-Dresdow und Berlin IV mit 31000 gleich 1/3 der „Vorwärts“-Abonnenten gegen diesen Antrag gestimmt.

Webel:

Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben einstimmig den Beschluß gefaßt, Sie zu bitten, den Antrag der Berliner Genossen, dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan zu nehmen, abzulehnen.

wünscht, daß den ländlichen Verhältnissen bei der Organisation mehr Rechnung getragen wird. Die Reichstagsfrage müsse von dem gleichen Gesichtspunkt aus festgelegt werden, die direkte Geldabführung sei aber gut zu heißen. Schließlich beantragt er, daß Vereinsmitglieder, die ihr Domizil wechseln, nicht einer neuen Eintrittsgebühr unterworfen werden sollen.

Hüttmann - Frankfurt a. M.:

Die straffe Zentralkasse ist das einzig Richtige. Im Jahre 1905 brauchen wir nicht mehr solche Angst vor der Polizei zu haben. Selbst in Mecklenburg gibt es sozialdemokratische Vereine. Eine zu straffe Organisation kann nicht schädlich sein, dagegen können die Landesorganisationen ruhig angeschaltet werden.

Wadner - Stuttgart:

Wenn auch aus Süddeutschland viel Abänderungsanträge vorliegen, so sind wir doch nicht gegen Zentralkasse. Der Entwurf beschränkt aber die selbständige Organisationsform der Süddeutschen in manchen Punkten und diese sollten abgeändert werden. Wir sind gegen die direkte Geldabführung und gegen die direkte Berichtserstattung an die Zentralkasse.

Abg. Faustsch:

Nach der bisherigen Debatte sind wir uns einig im Streben, eine straffere Organisation zu schaffen. All die Bedenken aus engem Gesichtskreis heraus, die hier vorgebracht worden sind, hat die Kommission schon ausgesprochen, weil sie das ganze Reich im Auge behalten mußte. Gern wollte die Kommission den Zusammenhang lassen, aber wir mußten doch der Freiheit der Genossen Spielraum lassen.

Friedrichs - Darmstadt:

Hätte Sollmars Begründung selber vorgelegen, so wäre der Entwurf nicht so vielen Gegenentwürfen begegnet. Mit der Zentralisierung brauchen wir wohl nicht zu warten, bis auch in Mecklenburg das letzte Hindernis gefallen ist.

Ein Schlußantrag von Weisk-Röln begründet, von Ehrhart-Ludwigshafen bekämpft, wird angenommen. Persönlich bestritt Wels-Berlin V, daß der Parteivorstand nicht rechtzeitig von dem Plane der Berliner benachrichtigt worden sei.

Webel entgegnet, daß der Vorstand erst unterrichtet worden sei, nachdem sich die Vertrauensleute schon einig geworden waren. Rollenbühr befragt diese Darstellung. Der Berichterstatter Sollmar verzichtet vorläufig auf das Schlußwort.

Der Statutenentwurf wird zur erneuten Beratung an die ursprüngliche Vorberathungskommission zurückverwiesen, ebenso die sehr zahlreichen zum Entwurf gestellten Abänderungsanträge.

Mit der Verlesung einiger eingegangener Begrüßungstelegramme schließt der Vorsitzende Singer die Versammlung um 7 Uhr.

Fena, 19. September, 1 Uhr 10 Min. nachm.

(Privat-Telegramm der „Volksstimme“)

Zweiter Tag, Vormittag.

Bei Beginn der Vormittagsitzung liegt ein Antrag vor, die Pressefreiheiten aus den Verhandlungen vorläufig auszuscheiden und sie einer besonderen Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen. Der Antrag wird von Stolten-Hamburg begründet und angenommen, nachdem Woblersky-Berlin erklärt hat, daß die Leipziger und Berliner Delegierten mit dieser Erledigung der Angelegenheit einverstanden seien.

Die erste Liste umfaßt folgende Namen: Dieß-Stuttgart, Haase-Königsberg, Stolten-Hamburg, Ernst-Berlin, Woblersky-Berlin, Kleemann-Leipzig, Seeger-Leipzig, Schward-Lübeck, Franz Schmitt-München, Frank-Mannheim, Sperka-Stuttgart, Ebert-Bremen, Ollie Waader-Berlin, Hengsbach-Köln, Rother-Dresdow.

Die zweite Liste führt folgende Genossen: Meister-Hannover, Haase-Königsberg, Hoffmann-Berlin, Stolten-Hamburg, Sindermann-Dresdow, Rosa Ungernburg-Friedenau, Schulz-Bremen, Lbbe-Dresdow, Stadthagen-Berlin, Schmitt-München, Dieß-Hamburg, Wuhl-Leipzig, Woblersky-Berlin, Frank-Mannheim, Dieß-Stuttgart.

Für die erste Liste treten ein, Webel, Fischer-Berlin und Woblersky-Berlin, namens der Berliner und Leipziger Delegierten. Die erste Liste wird darauf mit großer Majorität gewählt.

Darauf gibt Rollenbühr den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, wobei er die drei Resolutionen gegen die Fleischnot, gegen die Redeverbote und die Antwort auf die englischen Freundschaftserklärungen behandelt. Rollenbühr behandelt ferner die ernste politische Lage, die die größte Einigkeit und die schärfste Agitation erheischt.

Singer fordert an dieser Stelle den Redner auf, nicht weiter den Pressefreiheiten zu behandeln, da diese Frage doch soeben einer besonderen Kommission zur Behandlung und Berichtserstattung überwiesen sei!

Rollenbühr geht infolgedessen auf die Frage der Partei und Gewerkschaften ein. Er hält die Vorbedingungen für übertrieben, als könnten sich deutsche Gewerkschaften nach englischer Weise entwickeln. In Deutschland gäbe es ganz andere Verhältnisse infolge der vielen Staatsarbeiter und der Syndikate und Kartelle.

Gerisch stellt in seinem Kassenbericht eine günstige Entwicklung der Kassenverhältnisse und der Parteipresse fest.











